

Limmattaler Zeitung

KANTON ZÜRICH

Regierungsrat sagt Nein zur Uferinitiative

Der Regierungsrat hält die heutigen Regelungen zu See- und Flussuferwegen für ausreichend. Er ist deshalb gegen die Uferinitiative. Auch die von einer anderen Volksinitiative geforderte befristete Steuererhöhung zur Finanzierung der Corona-Hilfen hält er für unnötig.

14.07.2022, 12.00 Uhr



Der Regierungsrat hält die von der SP, Grünen, EVP und GLP geforderten Regelungen zu Zürcher Uferwegen für unnötig, da die heutigen bereits ausreichend seien.

Symbolbild: Florian Niedermann

Der Regierungsrat lehnt die Volksinitiative «Für öffentliche Uferwege mit ökologischer Aufwertung» ab, wie er am Donnerstag mitteilte. Diese Initiative von SP, Grünen, EVP und GLP fordert vom Kanton, dass er dafür sorgt, dass See- und Flussufer freigehalten und der öffentliche Zugang erleichtert wird. Uferwege sollen gemäss Initiative dabei möglichst nahe am Ufer geführt werden.

Der Regierungsrat hält den Umgang mit Uferwegen im Kanton Zürich aber bereits für ausreichend geregelt. Weitere Bestimmungen auf Stufe der Kantonsverfassung seien nicht nötig. Als Nächstes wird der Kantonsrat über die Initiative debattieren. Wann sie vors Volk kommt, ist noch offen.

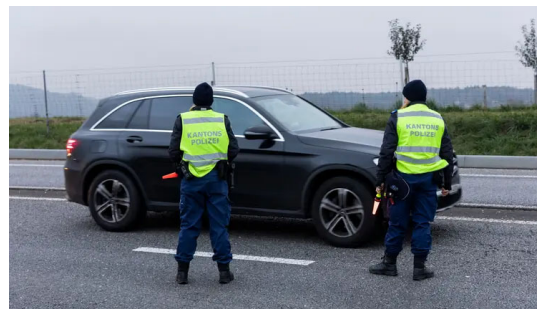
Gegen Steuererhöhung für Corona-Hilfen

Der Regierungsrat lehnt auch die Volksinitiative «Faire Finanzierung der Corona-Hilfen» von AL, SP, Grünen und Gewerkschaften ab. Diese Initiative will die Spitzensätze der Vermögenssteuer für einen Zeitraum von drei Jahren erhöhen.

AUCH INTERESSANT

**Die Stadt Schlieren knackt die
20'000-Einwohner-Marke.**

abo+ 16.07.2022

**Verhaftungen bei
kantonsübergreifender Fahndung
im Limmattal**

15.07.2022

Davon betroffen wären Steuerpflichtige mit Vermögen von mehr als rund drei Millionen Franken. Mit den zusätzlichen Einnahmen sollen gemäss den Initianten die Kosten pandemiebedingter Hilfsmassnahmen gedeckt werden.

Der Regierungsrat hält das aber für unnötig. Die Jahresrechnungen 2021 und 2021 hätten jeweils mit einem Überschuss abgeschlossen. Für die kommenden Jahren würden keine grösseren Belastungen durch die

Coronahilfen erwartet. *(sda)*

ZÜRICH

Kantonale Uferinitiative startet Unterschriftensammlung

28.05.2021

TODESFALL

Stadtpolizei Zürich birgt Leiche aus Zürichsee

06.07.2022

Copyright © Limmattaler Zeitung. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Aargauer Zeitung ist nicht gestattet.